

95.419

Parlamentarische Initiative (Hegetschweiler)

Revision der Lex Friedrich

Initiative parlementaire

(Hegetschweiler)

Révision de la lex Friedrich

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 6. Oktober 1995

Nach Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes wird eine parlamentarische Initiative für folgende Änderung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (sogenannte Lex Friedrich) eingereicht:

Von der Bewilligungspflicht sind zu befreien:

- Personen im Ausland, die in der Schweiz Grundstücke erwerben, wenn diese der wirtschaftlichen Tätigkeit von Betriebsstätten dienen;
- Personen im Ausland, die ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegen mit dem Ziel, Management-, Forschungs- oder Produktionsleistungen in verantwortlicher Stellung eines in der Schweiz domizilierten Betriebes zu erbringen.

Auslandschweizer sind den Schweizern gleichzustellen.

Texte de l'initiative du 6 octobre 1995

Me fondant sur l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les Conseils, je propose une initiative parlementaire visant à modifier la loi fédérale du 16 décembre 1983 sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger (appelée lex Friedrich).

Ne sont pas assujetties au régime de l'autorisation:

- les personnes à l'étranger qui entendent acquérir un immeuble en Suisse dans le but d'exercer une activité économique;
- les personnes à l'étranger qui transfèrent leur domicile en Suisse dans le but d'exercer une activité prestataire de services, en tant que responsables dans les domaines de la gestion, la recherche ou la production d'une entreprise domiciliée en Suisse.

Aucune différence ne doit être faite entre les Suisses de l'étranger et les Suisses.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Allenspach, Baumberger, Bezzola, Bignasca, Borer Roland, Bühler Gerold, Comby, Cornaz, Couchepin, Eggly, Eymann Christoph, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Walter, Fritschi Oscar, Giezendanner, Gros Jean-Michel, Iten Joseph, Loeb François, Maspoli, Mühlemann, Reimann Maximilian, Rohr, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schweingruber, Stamm Luzi, Steinemann, Stucky, Wittenwiler (30)

Nabholz Lili (R, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Rechtsfragen (RK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 13. Mai 1996 die von Nationalrat Hegetschweiler am 6. Oktober 1995 eingereichte parlamentarische Initiative gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes vorgeprüft.

Die Initiative verlangt die Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG). Sie verfolgt das Ziel, die bei der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995 über eine Lockerung des BewG unbestrittenen Punkte wiederaufzunehmen.

Die Kommission hat den Initianten am 13. Mai 1996 angehört.

Begründung des Initianten

In der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995 ist die Revision des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken

durch Personen im Ausland (sogenannte Lex Friedrich) abgelehnt worden. Ziel der Revision war eine Lockerung der strengen Anforderungen zum Kauf von Grundstücken in der Schweiz durch Ausländer.

Sechs Reformpunkte bildeten den Kern der Vorlage:

- Befreiung ausländischer Unternehmen von der Bewilligungspflicht;
- Wechsel vom Nationalitäts- zum Wohnsitzprinzip;
- Lockerung bei der Anrechnung der kantonalen Kontingente;
- partielle Zulassung von Kapitalanlagen;
- Unterstellung von Auslandschweizern unter die Lex Friedrich;
- Erhöhung der Kontingente für Ferienwohnungen.

Hauptsächlich die beiden letzten Reformpunkte waren dafür verantwortlich, dass das Referendum ergriffen wurde und in der Volksabstimmung eine Ablehnung resultierte.

Mit dieser parlamentarischen Initiative sollen die nicht oder kaum bestrittenen Reformpunkte wiederaufgegriffen werden, und es soll aus folgenden Gründen eine reduzierte Revision der Lex Friedrich in die Wege geleitet werden:

- Die Schweiz braucht dringend Öffnungen und Neuinvestitionen im Sektor Bodenmarkt. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz unter den europäischen Wirtschaftsstandorten wirken sich gewisse Bestimmungen der heute geltenden Lex Friedrich aus dem Jahre 1983 kontraproduktiv aus.

– Angesichts der nach wie vor rezessiven Wirtschaft verzeichnet die Schweiz eine für ihre Verhältnisse überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann durch die Binnenwirtschaft nicht mehr allein und innert nützlicher Frist gewährleistet werden. Es muss sogar vermehrt festgestellt werden, dass Arbeitsplätze und Investitionen in andere Länder und Wirtschaftsregionen verlagert werden.

– Parallel zu dieser Entwicklung verfügt die Schweiz zurzeit über ein überdurchschnittliches brachliegendes Nutzflächenangebot. Diese Flächen stellen ein ungewollt hohes volkswirtschaftliches Risikokapital dar. Gleichzeitig stellt dieses Angebot im internationalen Wettbewerb jedoch einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil dar. An verschiedenen Standorten sind Nutzflächen zu konkurrenzfähigen, günstigen Bedingungen sofort verfügbar.

– Mit dem Abbau von unnötigen gesetzlichen Schranken soll die Ansiedlung von ausländischen Investoren und Betrieben in der Schweiz erleichtert werden. Damit sollen das Überangebot an Nutzflächen abgebaut und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit der Verabschiedung der Botschaft über Massnahmen zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und der Standortattraktivität der Schweiz sind zusätzliche Handlungsmöglichkeiten in diese Richtung beschlossen worden.

– Die Lex Friedrich soll ihre Schutzfunktion gegenüber einer unkontrollierten, generellen Überfremdung des einheimischen Bodens beibehalten. Sie soll aber gezielt dort liberalisiert werden, wo neue Arbeitsplätze geschaffen und neue Betriebe in der Schweiz angesiedelt werden können. Zur Standortattraktivität zählen nicht zuletzt auch die Wohn- und Lebensbedingungen für ausländische Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Ausschliesslich für diesen Bereich sieht der vorliegende Vorstoss ebenfalls einen Abbau von diskriminierenden Schranken vor.

Erwägungen der Kommission

1. Stand der Arbeiten der Bundesversammlung und der Verwaltung zum gleichen Gegenstand

In der Volksabstimmung vom 25. Juni 1995 wurde die Revision des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Friedrich) abgelehnt. Hauptgründe für die Ablehnung waren die vorgesehene Erhöhung der Kontingente für Ferienwohnungen und die beabsichtigte Unterstellung der Auslandschweizer unter die Lex Friedrich.

Die Beschränkungen der Lex Friedrich in ihrer jetzigen Form stellen jedoch für gewisse Kantone einen wirtschaftlichen

Nachteil dar. Deshalb wurden von verschiedener Seite Bemühungen unternommen, die Bedingungen der Lex Friedrich zu lockern, ohne dem Volkswillen zuwiderzuhandeln. So möchte der Bundesrat den ihm zur Verfügung stehenden Spielraum ausschöpfen und mittels einer Verordnungsänderung festlegen, dass die Kantone, welche die zugeteilten Jahreskontingente nicht ausschöpfen, ihre Kontingente in einen Pool geben. Jene Kantone, die einen zusätzlichen Bedarf haben, könnten dann weitere Kontingente aus diesem Pool zugeteilt erhalten. Dieses Modell ist in Zusammenarbeit mit den kantonalen Fachstellen ausgearbeitet und in der Vernehmlassung, die von Februar bis Ende April 1996 gedauert hat, mehrheitlich positiv aufgenommen worden.

Im Dezember 1995 wurden im Nationalrat vier Motionen (Comby, Lockerung der Lex Friedrich, 95.3358; Epiney, Lex Friedrich. Dringliche Massnahmen zuhanden des Bundesrates, 95.3369; Epiney, Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Rahmengesetz, 95.3371; Maitre, Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Erweiterung der kantonalen Kompetenzen, 95.3370) abgelehnt, die alle eine Kantonalisierung oder mindestens eine massive Erweiterung der kantonalen Kompetenzen im Bereich der Lex Friedrich forderten (AB 1995 N 2666ff.).

In derselben Session wurden im Ständerat zwei Motionen zum gleichen Thema (RK-SR, Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, unterstützt durch flankierende Massnahmen, 95.3386; Martin, Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Erweiterung der kantonalen Kompetenzen, 95.3373) überwiesen (AB 1995 S 1189ff.).

2. Mit der Initiative verbundener Aufwand und Zeitplan der parlamentarischen Arbeit

Für die Änderung der Lex Friedrich im Sinne der Initiative Hegetschweiler könnte zu einem grossen Teil auf die Vorarbeiten zu der in der Volksabstimmung abgelehnten Revisionsvorlage Lex Friedrich zurückgegriffen werden. Zusätzliche Abklärungen verlangt allerdings die Frage der ausschliesslichen Befreiung von Kaderleuten von der Bewilligungspflicht, weil dies einer rechtsungleichen Behandlung von Personen mit B-Bewilligungen gleichkommt.

3. Erwägungen der Kommission

An ihrer Sitzung vom 13./14. Mai 1996 beschloss die Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen, dem Nationalrat zu beantragen, die zwei im Ständerat überwiesenen Motionen (RK-SR, Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, unterstützt durch flankierende Massnahmen, 95.3386; Martin, Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Erweiterung der kantonalen Kompetenzen, 95.3373) abzulehnen. Die darin verlangte «Kantonalisierung» der Bewilligungspflicht wäre mit der Idee der Vereinheitlichung des Bundesprivatrechts kaum vereinbar. Zudem verfügen die Kantone bereits nach geltendem Recht über erhebliche Entscheidungskompetenzen. Schliesslich wäre zu einem späteren Zeitpunkt die Suche nach einer europakonformen Lösung nach einer Kantonalisierung der Lex Friedrich noch viel schwieriger. Nicht sicher ist auch, ob eine Kantonalisierung der Bewilligungspflicht über eine genügende Verfassungsgrundlage verfügen würde. Die Mehrheit der Kommission ist zudem der Auffassung, dass Volksentscheide für die ganze Schweiz zu gelten haben.

Im Gegensatz zu den Motionen macht die parlamentarische Initiative Hegetschweiler klar, dass es um die Erhaltung des Arbeitsplatzes Schweiz geht. Die von der Initiative verlangte Entlassung der Betriebsstätten aus der Bewilligungspflicht ist politisch unproblematisch. Mit dem Abbau unnötiger gesetzlicher Schranken soll die Ansiedlung von ausländischen Investoren und Betrieben in der Schweiz erleichtert werden. Damit wird sowohl gegenüber der Industrie als auch in europäischer Hinsicht ein positives Signal in Richtung Liberalisierung gesetzt. Schliesslich wird in der Initiative der politische Bereich der Bewilligungen für den Erwerb von Ferienwohnungen bewusst ausgeklammert. Mit der ausdrücklichen Gleichstellung von Auslandschweizern und Schweizern wird durch Weiterführung des Status quo dem in der Volksabstim-

mung vom 25. Juni 1995 ausgedrückten Volkswillen entsprochen.

Nabholz Lili (R, ZH) présente au nom de la Commission des affaires juridiques (CAJ) le rapport écrit suivant:

Conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les Conseils, la commission a procédé le 13 mai 1996 à l'examen préliminaire de l'initiative déposée le 6 octobre 1995 par M. Hegetschweiler, conseiller national.

Cette initiative parlementaire visait à modifier la loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger (dite lex Friedrich), et plus particulièrement à revenir sur les points qui, bien que rejetés par le peuple le 25 juin 1995 avec l'ensemble du projet d'assouplissement de cette loi, n'avaient alors pas été contestés.

La commission a entendu l'auteur de l'initiative le 13 mai 1996.

Développement de l'auteur de l'initiative

La révision de la loi sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger (appelée aussi lex Friedrich) a été rejetée lors de la votation populaire du 25 juin 1995. L'objectif de cette révision consistait à assouplir des dispositions trop strictes concernant l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger.

Cette révision portait sur six points importants:

- les entreprises étrangères ne devaient plus être assujetties au régime de l'autorisation;
- le passage du principe de la nationalité à celui du domicile;
- l'assouplissement des critères en vue de fixer la répartition des contingents cantonaux;
- l'ouverture contrôlée du marché immobilier. Les placements de capitaux resteraient soumis à autorisation;
- l'assujettissement des Suisses de l'étranger à la lex Friedrich;
- l'augmentation des contingents pour les appartements de vacances.

Les deux derniers points de cette réforme sont à l'origine du référendum et du rejet de projet de révision lors de la votation populaire.

Par le biais de cette initiative parlementaire, les points de la révision peu ou prou contestés pourront donc être repris et une révision partielle de la lex Friedrich pourra être effectuée pour les raisons suivantes:

– La Suisse a expressément besoin de nouvelles perspectives d'investissements dans le secteur du marché foncier. La lex Friedrich contient des dispositions datant de 1983, inadaptées à la situation actuelle, à savoir une concurrence toujours plus accrue entre les places économiques européennes.

– La récession continuant son chemin, la Suisse indique, pour sa grandeur, un taux de chômage bien supérieur à la moyenne. Des mesures économiques sur le plan national ne suffisent plus à la création de nouveaux emplois. Force est de constater que les emplois et les investissements sont transférés dans d'autres pays ou d'autres régions.

– Par ailleurs, la Suisse dispose d'un nombre considérable de surfaces utiles non utilisées. Si, sur le plan de l'économie nationale, elles constituent un capital-risque élevé, par contre, sur le plan international, elles deviennent un facteur de concurrence non négligeable. Ces surfaces situées à divers endroits seraient en outre immédiatement disponibles à des conditions avantageuses et compétitives.

– L'abolition de restrictions légales inadaptées faciliterait l'implantation d'entreprises et d'investisseurs étrangers en Suisse. La surenchère des surfaces utiles serait ainsi stoppée et de nouveaux emplois seraient créés. De plus, l'approbation du message sur les mesures de renforcement des structures économiques régionales et du rayonnement de la Suisse constitue une ouverture de perspectives supplémentaires.

– La lex Friedrich doit garder sa fonction consistant à préserver le sol national. Mais elle doit être assouplie de manière à créer de nouveaux emplois et de permettre à de nouvelles

entreprises de s'implanter en Suisse. Des conditions de vie et d'habitation pour les cadres et collaborateurs étrangers jouent en fin de compte également un rôle dans le choix du lieu d'implantation. Dans ce domaine, la présente intervention entend éliminer toutes mesures discriminatoires.

Considérations de la commission

1. Etat des travaux menés par le Parlement et l'administration sur le même objet

Le peuple a rejeté le 25 juin 1995 un projet de révision de la loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger (lex Friedrich). Ce rejet est imputable essentiellement à deux des modifications proposées, à savoir, d'une part, l'augmentation des contingents pour les logements de vacances, et d'autre part, l'assujettissement des Suisses de l'étranger à la lex Friedrich.

Compte tenu des inconvénients que les limitations prévues par l'actuelle lex Friedrich constituent pour certains cantons sur le plan économique, d'aucuns ont cherché le moyen de l'assouplir sans contrevenir pour autant à la volonté populaire. Ainsi, le Conseil fédéral souhaiterait mettre à profit la marge de manoeuvre dont il dispose pour fixer par voie d'ordonnance que les cantons, qui n'ont pas épuisé leurs contingents annuels, les reversent dans un pot commun dans lequel pourraient puiser ceux qui ont des besoins supplémentaires. Elaboré en concertation avec les services spécialisés cantonaux, ce modèle a été généralement bien accueilli par ceux auxquels il a été soumis pour avis, la procédure de consultation ayant duré de février à fin avril 1996.

En décembre 1995, le Conseil national a rejeté quatre motions visant à transférer aux cantons une part importante, sinon l'intégralité, des compétences que la lex Friedrich réserve à la Confédération (Comby, Assouplissement de la lex Friedrich, 95.3358; Epiney, Lex Friedrich. Mesures urgentes à disposition du Conseil fédéral, 95.3369; Epiney, Acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger. Loi-cadre, 95.3371; Maitre, Acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger. Davantage de compétences cantonales, 95.3370; cf. BO 1995 N 2666ss.).

Toujours au cours de la session d'hiver, le Conseil des Etats a transmis au Conseil national deux motions sur le même sujet (CAJ-CE, Modification de la loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger soutenue par des mesures d'accompagnement, 95.3386; Martin, Acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger. Davantage de compétences cantonales, 95.3373; cf. BO 1995 E 1189ss.).

2. Importance des travaux nécessaires pour concrétiser l'initiative, et calendrier des travaux parlementaires

Les travaux préparatoires effectués en vue de la votation populaire du 25 juin 1995 (qui a conduit au rejet du projet d'assouplissement de la lex Friedrich) pourraient être largement réutilisés pour la concrétisation de l'initiative Hegetschweiler. La question du non-assujettissement des cadres étrangers au régime de l'autorisation, qui introduirait une discrimination devant la loi entre titulaires du permis B, exigerait toutefois d'être creusée plus avant.

3. Considérations de la commission

Réunie les 13 et 14 mai 1996, la Commission des affaires juridiques a décidé de proposer au Conseil national de rejeter les deux motions que le Conseil des Etats lui avait transmises (CAJ-CE, Modification de la loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger soutenue par des mesures d'accompagnement, 95.3386; Martin, Acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger. Davantage de compétences cantonales, 95.3373). Elle a motivé cette décision en indiquant, d'abord, qu'un transfert aux cantons de la compétence d'accorder les autorisations en matière d'acquisition d'immeubles serait difficilement conciliable avec un droit privé fédéral harmonisé, ensuite, qu'une telle «cantonalisation» ne ferait que compliquer ultérieurement la recherche d'une solution compatible avec le droit communautaire, enfin, qu'il n'est pas certain que la constitution autoriserait cette «cantonalisation»; par ailleurs, la commission estime qu'une décision populaire est valable pour toute la Suisse.

Contrairement à ce qui est le cas pour les motions précitées, l'initiative Hegetschweiler indique clairement qu'il s'agit de sauvegarder l'attrait économique de la Suisse. Le non-assujettissement des personnes à l'étranger entendant acquérir un immeuble en Suisse dans le but d'exercer une activité économique, qui doit permettre d'attirer en Suisse les investisseurs et les entreprises étrangers, et qui constitue en même temps un signal positif adressé à une industrie, mais aussi à une Europe, qui souhaitent une libéralisation, ne pose pas de problème politiquement. D'autre part, c'est sciemment que la question délicate des autorisations nécessaires pour l'acquisition de logements de vacances n'est pas abordée: en posant explicitement le principe d'un traitement égal des Suisses de l'étranger et des Suisses résidant sur le territoire national, l'initiative maintient le statu quo actuel et répond donc à la volonté que le peuple a exprimée le 25 juin 1995.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 12 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative Folge zu geben.

Antrag Keller

Der Initiative keine Folge geben

Schriftliche Begründung

Mit einem Referendum haben wir Schweizer Demokraten die Liberalisierung der Lex Friedrich vor noch nicht einmal zwei Jahren in einer Volksabstimmung verhindert. Als «Verwalter» des Abstimmungsausgangs vom 25. Juni 1995 sind wir bereit, der Motion des Ständerates 96.3362 (Delalay) zuzustimmen, um damit das Signal zu geben, dass wir uns eine sehr zurückhaltende Liberalisierung in einem bestimmten und begrenzten Wirtschaftsbereich vorstellen können. Dagegen opponieren wir nicht; hingegen haben wir den Eindruck, dass die Initiative Hegetschweiler eine viel weiter gehende Öffnung anstrebt, die nicht im Sinne des klaren Volksentscheides liegt.

Wir staunen generell ob der vielen Vorstösse, die so kurz nach einer Volksabstimmung eingebracht wurden und von einer unglaublichen Respektlosigkeit gegenüber dem Volkswillen zeugen. Zwängerei zählt sich nicht aus. Sollte der Bundesrat eine relativ weitgehende Öffnungsvorlage auf den Tisch des Hauses bringen, werden wir nicht zögern, ein weiteres Mal das Volk anzurufen.

Die Standesinitiativen Waadt, Wallis, Genf, Neuenburg und Tessin lehnen wir allesamt ab, ebenso die Ständeratsmotionen 95.3373 und 95.3386.

Erstaunt sind wir über die Motion Hasler Ernst (96.3409), die im Bereich Landesverteidigung eine Aufhebung der Bestimmungen über die militärische Sicherheit anstrebt. Wir opponieren diesem Vorstoss nicht mehr, im Wissen darum, dass es sich nur um sehr, sehr wenige Fälle handelt. Demnächst wird wohl ein Vorstoss kommen, mit dem sämtliche militärischen Anlagen zur öffentlichen Besichtigung freigegeben werden. So etwas wie militärische Geheimhaltung scheint es kaum mehr zu geben.

Mit der ausdrücklichen Bekämpfung der parlamentarischen Initiative Hegetschweiler drücken wir auch unsere grosse Besorgnis darüber aus, dass die Grundstücksverkäufe an Ausländer generell wieder zugenommen haben. Nach dem Volkswillen sollte aber ein Ausverkauf der Heimat vermieden werden!

Proposition de la commission

La commission propose, par 12 voix contre 6 et avec 1 abstention, de donner suite à l'initiative.

Proposition Keller

Ne pas donner suite à l'initiative

Engler Rolf (C, AI), Berichterstatter: Die Kommission beantragt mit 12 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Wir sind uns aber bewusst, dass dieser Wille, der Initiative Folge zu geben, bereits mit der Schlussabstimmung zum Ge-

schäft 97.027 (Beschluss D) überholt und die parlamentarische Initiative Hegetschweiler damit obsolet wird. Ich möchte den Initianten deshalb aufgrund der heutigen Gesamtabstimmung – und in der Hoffnung, dass das auch in der Schlussabstimmung durchgeht – bitten, die Initiative zurückzuziehen, und zwar selbstverständlich mit der Zusicherung, dass die Kommission für Rechtsfragen bei einem zufällig anderslautenden Entscheid eine neue Initiative wiederum wohlwollend prüfen würde.

Jeanprêtre Francine (S, VD), rapporteure: Je ne peux que résumer ce qu'a dit M. Engler. L'initiative Hegetschweiler a été approuvée par 12 voix contre 6 et avec 1 abstention en commission. Une large majorité de la commission a donc estimé qu'il n'était pas judicieux de cantonaliser et a donc accepté cette initiative parlementaire dont le contenu est largement recouvert par l'arrêté que nous venons d'adopter. C'est ainsi que cette initiative a un contenu qui devient obsolète, et j'imagine que M. Hegetschweiler sera bien inspiré de la retirer.

Hegetschweiler Rolf (R, ZH): Mit meiner parlamentarischen Initiative hatte ich im Oktober 1995 eine Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, der sogenannten Lex Friedrich, angeregt, deren Restriktionen gegenüber natürlichen und juristischen Personen im Ausland eine zentrale Ursache für die gegenwärtigen schwerwiegenden Probleme im Bau- und Immobilienbereich sind. Das Gesetz verhindert oder verunmöglicht erwünschte ausländische Investitionen in die schweizerische Wirtschaft.

Die vor diesem Hintergrund eingereichte parlamentarische Initiative betraf konkret die Befreiung folgender Personengruppen von der Bewilligungspflicht: erstens Personen im Ausland, die in der Schweiz Grundstücke erwerben, wenn diese der wirtschaftlichen Tätigkeit von Betriebsstätten dienen, und zweitens Personen im Ausland, die ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegen mit dem Ziel, Management-, Forschungs- oder Produktionsleistungen in verantwortlicher Stellung eines in der Schweiz domizilierten Betriebes zu erbringen.

Zudem hatte ich angeregt, Auslandschweizer den Schweizern gleichzustellen. Dieser letzte Punkt ist gegenstandslos geworden, weil mit der Ablehnung der Revisionsvorlage in der Volksabstimmung vom Juni 1995 diese Gleichstellung ohnehin wieder gilt.

Nachdem meine Änderungsvorschläge betreffend die Lex Friedrich nun im Rahmen des bundesrätlichen Investitionsprogrammes hinreichend berücksichtigt sind, kann ich meine parlamentarische Initiative zurückziehen.

Angesichts der schlechten Wirtschaftslage in der Schweiz erachtet es der Bundesrat nun doch als angezeigt, mit einer beschränkten Revision der Lex Friedrich ausländische Investitionen zu ermöglichen, um die Chance zur Schaffung neuer Produktions- und Dienstleistungsbetriebe und zur Erhaltung bestehender Betriebe wahrzunehmen. Die in der Abstimmung umstrittenen Punkte der Revisionsvorlage – Wechsel zum Wohnsitzprinzip, Lockerung im Bereich der Ferienwohnungen, Erwerb von Grundstücken nur zum Zweck der Kapitalanlage und des Immobilienhandels – bleiben ausgeklammert.

Ich bin deshalb überrascht, dass die Schweizer Demokraten – mit dem Antrag Keller – signalisieren, dass sie auch dieser wirklich beschränkten Lockerung der Lex Friedrich opponieren. Die Schweizer Demokraten bezeichnen sich im Ablehnungsantrag als «Verwalter» des Abstimmungsausgangs vom 25. Juni 1995. Abstimmungsanalysen haben klar gezeigt, dass der Zweitwohnungserwerb durch Ausländer und die Ungleichbehandlung von Auslandschweizern gegenüber Schweizern die Punkte waren, die zur Ablehnung geführt haben. Und genau daran ändert sich ja nichts. Der Revisionsentwurf des Bundesrates vom 26. März 1997 ist gut gelungen und berücksichtigt meine Vorschläge im vollen Umfang; insbesondere Artikel 2 Absatz 2 des Revisionsentwurfes zur Lex Friedrich geht im Wortlaut sogar noch et-

was weiter, als ich es mit meiner parlamentarischen Initiative gefordert habe. Ich danke dem Bundesrat, dass er nach anfänglichem Zögern das Anliegen meiner Initiative aufgenommen hat und nun bereit ist, es im Rahmen der Investitionsvorlage auch rasch umzusetzen.

Damit ziehe ich meine parlamentarische Initiative zurück.

Präsidentin: Die Initiative ist zurückgezogen; damit wird der Antrag Keller hinfällig.

Zurückgezogen – Retiré

Sammeltitel – Titre collectif

Lex Friedrich

Lex Friedrich

96.301

**Standesinitiative Waadt
Bundesgesetz
über den Erwerb von Grundstücken
durch Personen im Ausland**

**Initiative du canton de Vaud
Loi fédérale
sur l'acquisition d'immeubles
par des personnes à l'étranger**

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 25. April 1996

Gestützt auf Artikel 93 Absatz 2 der Bundesverfassung er sucht der Kanton Waadt die Bundesversammlung mit dieser Standesinitiative, das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) so zu ändern, dass die Kantone, die dies wünschen:

a. auf gesetzlichem Wege den Vollzug so regeln können, dass:

– der Erwerb durch eine natürliche Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit eines am Ort ihres rechtmässigen und tatsächlichen Wohnsitzes als Hauptwohnung dienenden Grundstückes nicht mehr der Bewilligungspflicht unterstellt ist;

– der Erwerb eines im Sinne von Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a BewG als ständige Betriebsstätte dienenden Grundstückes durch Personen im Ausland, die rechtmässig im Handelsregister eingetragen sind, nicht mehr der Bewilligungspflicht unterstellt ist;

b. für Ferienwohnungen oder Wohneinheiten in einem Apart-hotel ein zusätzliches Reservekontingent beanspruchen können, auf das direkt zurückgegriffen werden kann, wenn ihre volkswirtschaftlichen Interessen es erfordern.

Texte de l'initiative du 25 avril 1996

En application de l'article 93 alinéa 2 de la Constitution fédérale, le canton de Vaud demande aux Chambres fédérales, par voie d'initiative, la modification de la loi fédérale du 16 décembre 1983 sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger (LFAIE), de manière à permettre aux cantons qui le souhaitent:

a. de prendre, par voie législative, les dispositions d'application pour:

Parlamentarische Initiative (Hegetschweiler) Revision der Lex Friedrich

Initiative parlementaire (Hegetschweiler) Révision de la lex Friedrich

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.419
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.04.1997 - 15:00
Date	
Data	
Seite	681-684
Page	
Pagina	
Ref. No	20 042 002

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.